

Tschüss, Volkskirche

Das Bistum Hamburg ist pleite und muss Schulen schließen. Die Stadt geht auf die Barrikaden. Im Norden zeigt sich schon jetzt, was den Rest des Landes erwartet.

Von **Christina Rietz**

2. Februar 2018, 8:00 Uhr / Aktualisiert am 2. Februar 2018, 19:09 Uhr / [18 Kommentare](#)

AUS DER ZEIT NR. 06/2018 [<http://www.zeit.de/2018/06?>



wt_zmc=fix.int.zonpme.zeitde.wall_abo.premium.packshot.cover.zecw&utm_medium=fix&utm_source=zeitde_zonpme_int&utm_campaign=wall_abo&utm_content=premium_packshot_cover_zecw]



Der Hamburger Mariendom ist eine nüchterne Kirche – die zugehörige Schule steht auch auf der Streichliste. © Ulrich Perrey/dpa

Mag die Volkskirche auch sterben, der Volkszorn lebt. Zurzeit wütet er in Hamburg, einem Landstrich mit traditionell wenigen Katholiken, aber einem traditionell selbstbewussten Bürgertum. Vor Kurzem hat der Generalvikar des Erzbistums Hamburg die traurige Botschaft verkündet, dass fünf katholische Schulen ganz sicher und drei katholische Schulen womöglich geschlossen werden müssen [<http://www.zeit.de/2018/05/katholische-schulen-hamburg-schliessung-reaktionen>], um die Vollpleite des Bistums, ein Abrutschen in Hunderte Millionen Euro von Schulden, aufzuhalten. Ob die wirtschaftliche Vernunft die Schließungen gebietet, ist aufgeregten Eltern und der aufgeregt sekundierenden Lokalpresse egal. Sie sehen – verständlicherweise – nur die bildungspolitische Bankrotterklärung. Ging es wirklich nicht anders?

"Wir stehen am Anfang einer großen Sanierung des ganzen Erzbistums. Wir haben uns mit den Schulen als Erstes beschäftigt, weil wir sahen, dass sonst alle 21 Schulen in Gefahr gekommen wären", sagte der Erzbischof, Stefan Heße, nach langen Tagen des Schweigens der *Bild*-Zeitung. "Wir würden doch selber renovieren", rufen die Eltern, "wenn der Sanierungsstau so groß ist!" Warum springt die Stadt nicht ein und rettet die Schulen?, fragen sie. Warum helfen nicht die anderen deutschen Bistümer ihren norddeutschen Brüdern? Warum finanziert nicht die Hamburger protestantische Kirche die katholischen Schulen? Gilt christliche Solidarität nicht mehr?

ANZEIGE

Bemerkenswert sind die Lautstärke und die Widersinnigkeit der Forderungen. Sonst leidet das Hamburger Bürgertum diskret, falls es sich überhaupt zum Leiden hinreißen lässt. Dieses Mal möchte es einen riesigen Sanierungsstau durch Selbstanstreichen und Gartenumgraben heilen. Und was passierte denn, sprängen Stadt oder Protestanten in die finanzielle Bresche und retteten die katholischen Schulen? Die Lernanstalten verlören ihre konfessionelle Identität, also genau das, worum es in dem ganzen Schuldrama überhaupt geht. Finanzexperten aus der Wissenschaft und den anderen deutschen Diözesen sind sich übrigens einig: Hamburg kann gar nicht anders handeln. Die schwächelnden Schulen müssen weg, wenn sie nicht das ganze hanseatische Bistum in den Ruin reißen sollen. Die

Misswirtschaft in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten war zu groß. Gegenstimmen gibt es in der Stadt aber auch: Sie fragen sich, ob den Schulen wirklich mit keinem Mittel mehr geholfen werden konnte. Ob nicht die Beraterfirma Ernst&Young übertrieben hat in ihrer Kalkulation. Doch vorerst gibt es nur die Zahlen, die das Bistum veröffentlicht hat – und keine Relativierungen.

Was in Hamburg passiert, ist nur ein Symptom des generellen Prozesses, der die deutschen Bistümer schon erfasst hat oder noch erfassen wird. Der Prozess heißt: Abschied nehmen von der Volkskirche mit ihren Institutionen und ihrer Infrastruktur. Volkskirche, das war einmal. Die Volkskirche war eine Organisation, in der weite Teile der deutschen Bevölkerung Mitglied waren. Die Volkskirche hatte gewaltigen politischen Einfluss. Die Volkskirche wirkte in alle Bereiche der Gesellschaft finanzstark hinein, in die Bildung, ins Gesundheitswesen, in den sozialen Sektor. In diesem Sinne lebte sie auch in Hamburg. Von diesem lieb gewonnenen Konzept muss sich das ganze Land in Zukunft verabschieden. Die einen schneller, die anderen gemächlicher.

Mit der Metapher "Das Kleid ist zu groß geworden" bezeichnet der Ruhrbischof Franz-Josef Overbeck gern diese Entwicklung des Schrumpfens, Schließens und Kündigens, die sein Bistum Essen zu einem Gutteil bereits hinter sich hat. Über 100 Kirchen wurden hier seit der Jahrtausendwende profaniert – weil sie zu dem Kleid gehörten, das zu groß geworden war. 31 von ihnen wurden sogar ganz abgerissen. Wo keine Priester und keine Kirchgänger, da auch keine Kirchengebäude mehr. Klingt logisch. Wir sind nicht das Denkmalschutzamt oder der Museumswärter der Bundesrepublik, hieß es damals aus Essen. Heißt übersetzt: Wir können nicht eine Struktur aufrechterhalten, die zwar schön aussieht, aber von niemandem mehr benutzt wird – und die dabei sinnlos Geld verschlingt.



[<https://premium.zeit.de/abo/diezeit/2018/06>]

Dieser Artikel stammt aus der ZEIT Nr. 06/2018. Hier können Sie die gesamte Ausgabe lesen.

[<https://premium.zeit.de/abo/diezeit/2018/06>]

Im Lichte dieses Prozesses ist das Erzbistum Hamburg mit seinen Schulschließungen weniger ein warnendes denn ein leuchtendes Beispiel. Der Untergang der Volkskirche muss in ganz Deutschland moderiert werden, im Norden schneller als im Süden, und wer die Augen zu lange vor dieser Tatsache verschließt, der wacht in einem Zeitalter ohne Priester und Gläubige auf, inmitten leerer Kirchen und aufgeblähter Verwaltungen, in denen nur noch das hohle Echo eines längst zu Ende gebeteten Vaterunsers zu hören ist.

Der harte Sparkurs des Hamburger Erzbistums kommt auf die meisten deutschen Diözesen zu, aus einfachen Gründen. Der demografische Wandel wird den Kirchen sinkende Einnahmen bescheren. Die geburtenstarken Babyboomer-Jahrgänge werden in einigen Jahren in Rente gehen, aber von unten wächst nichts Neues nach. Weil die jungen Leute, so es sie noch gibt, nicht mehr in den Kirchen sind. Im Jahr 2016 nahmen die deutschen katholischen Diözesen Kirchensteuern im Umfang von etwas über sechs Milliarden Euro ein. In den nächsten zehn Jahren rechnen Prognosen mit einem Absinken dieses Betrages um bis zu 30 Prozent. Das ist dramatisch. Junge Diözesen wie Hamburg (gegründet 1994!)

werden davon härter getroffen als alte, denn sie hatten weniger Zeit, gute finanzielle Rücklagen zu bilden, von denen sie zehren könnten. Sollte Hamburg schon jetzt tiefer in den Schuldensumpf rutschen, mag man sich nicht ausmalen, was alles noch auf das Bistum in Zukunft zukommt. Deshalb legen die Hamburger jetzt die Axt an ihre Schulen.

"Das Bistum kann nicht anders handeln"



Eltern und Schüler demonstrieren gegen die Schließung der bischöflichen Schulen in Hamburg. © Axel Heimken/dpa

Das ebenfalls junge und ebenfalls nicht sehr reiche Erzbistum Berlin hat eine Geldkrise schon hinter sich. Im Jahr 2003 verkündete die Unternehmensberatung McKinsey einen Schuldenstand von 148 Millionen Euro (der für Hamburg prognostizierte Schuldenstand, sollte sich jetzt nichts ändern, beträgt 353 Millionen Euro) für das Hauptstadtbistum. In der Folge wurde Personal in allen Bereichen abgebaut, das Bistum verkaufte das Petruswerk, die 207 Kirchengemeinden wurden zu 106 Einheiten zusammengelegt. Hinzu kam, dass Mitarbeiter auf Teile ihres Einkommens verzichten mussten. Überdies steuerten die reicheren deutschen Diözesen 30 Millionen Euro zur Schuldentilgung bei. Eine solche Einmalzahlung könne man in Hamburg nicht gebrauchen, heißt es, weil die Probleme struktureller Art seien und man sie lieber jetzt alleine löse, als auf ewig am Tropf Paderborns, Kölns oder Münchens zu hängen. Der Kirchenrechtler und Finanzexperte Thomas Schüller, Professor an der Universität Münster, ist sich angesichts des riesigen Fehlbetrags in Hamburg auch sicher: "50 Millionen Euro als Finanzspritze wären jetzt völlig egal, das Bistum kann nicht anders handeln, als die Schulen zu schließen."

Bei Betrachtung des Falls Berlin sticht vor allen Dingen ein vermeintlich nebensächlicher Unterschied zu Hamburg heraus. Der betrifft die Krisenkommunikation. Der damalige Berliner Erzbischof, Kardinal Sterzinsky, gab die anstehenden Maßnahmen seinerzeit selbst bekannt. In einem kurzen Statement teilte er nüchtern mit, wie die Lage aussah, was man zu tun gedenke und warum das alternativlos sei: "Zunächst werden wir den ordentlichen Haushalt wieder zum Ausgleich bringen, um in Zukunft nicht weiter über unsere Verhältnisse zu leben", erklärte der Kardinal. Simpel, einleuchtend und mit der Autorität des Amtes wurden die Katastrophennachrichten vorgetragen. In seiner eigenen Verwaltung, der erzbischöflichen Kurie, strich Sterzinsky 40 Prozent aller Stellen. "Die aufgeblähten bischöflichen Verwaltungen mit ineffizientem Controlling sind fast überall ein Problem", sagt dazu der Finanzexperte Schüller.

Sterzinsky schaffte im Jahr 2003 die schmerzhafteste Verwandlung vom Hirten zum Controller seines eigenen Bistums. Diese Verwandlung irritiert das deutsche Publikum, wann immer sie geschieht. Man erwartet Nächstenliebe und bekommt Zahlen. In Hamburg, fatalerweise, hat sich Erzbischof Stefan Heße – offenbar auf Anordnung einer externen Beraterfirma – diesem Rollenwechsel komplett entzogen. Zur Pressekonferenz erschien nur der Generalvikar, Heße hielt sich im Hintergrund. Dabei besitzt er in finanziellen Dingen eigentlich große Autorität. Der Mann war Generalvikar des Bistumstankers Köln. Nach der Entpflichtung Kardinal Meisners und vor der Ernennung Rainer Maria Woelkis zum Kölner Erzbischof war er sogar Diözesanadministrator und damit eine Art Acting CEO. Wenn jemand in ökonomischen Fragen Autorität hat, ist es eigentlich Erzbischof Heße, auch wenn er in Köln sicher nicht den Mangel verwalten musste.

Finanzielle Expertise steht überhaupt erst seit Kurzem hoch im Kurs. In Deutschland hat der Fall Tebartz-van Elst [<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-07/franz-peter-tebartz-van-elst-bistum-limburg-schadenersatz>] vieles verändert. Seit der Limburger Bischof sich eine krass überteuerte Residenz bauen wollte, die ihn letztlich das Amt gekostet hat, setzen deutsche Diözesen auf Transparenz. Es werden Bilanzen veröffentlicht, es werden Vermögenswerte offengelegt. Es geht hin und wieder ein Seufzer durch die Medienlandschaft, wenn herauskommt, wie viel Geld Diözese X oder Y eigentlich besitzt. Wer sich in solchen Fällen gern darüber beschwert, dass katholische Bistümer zu reich sind, beschwert sich jetzt darüber, dass in Hamburg gespart wird. Es drängt sich die Schlussfolgerung auf: Egal, wie die Kirche mit Geld umgeht, sie kann es ihren Kritikern nicht recht machen.

Dass das meiste Geld der reichen Diözesen gebunden ist und Gewinne den Gemeinden wieder zugute kommen oder in Rücklagenfonds gesteckt werden, wird selten erwähnt. Nach und nach haben die katholischen Bistümer in den letzten Jahren ihre Konten umgestellt, von der einfachen, veralteten sogenannten kameralistischen Buchführung (Einnahmen versus Ausgaben) auf die modernere Soll-und-Haben-Rechnung. Seit sie ihre Bilanzen dergestalt am Handelsgesetzbuch ausrichten, müssen die Diözesen allerdings auch finanzielle Risiken ausweisen – und diese vor allen Dingen absichern. Schlechte Finanznachrichten sind demnach häufig eine Folge der Transparenzoffensive, die nach der Causa Tebartz von der katholischen Kirche verlangt wurde.

Nicht nur ihr Gewissen verpflichtet die deutschen Bischöfe, ihre Finanzen zu sanieren. Das Kirchenrecht tut es auch. "Alle Verwalter sind gehalten, ihr Amt mit der Sorgfalt eines guten Hausvaters zu erfüllen", heißt es in Canon 1284. Und weiter: "Deshalb müssen sie darüber wachen, dass das ihrer Sorge anvertraute Vermögen auf keine Weise verlorengelht oder Schaden leidet (...), dass das Eigentum an dem Kirchenvermögen auf nach weltlichem Recht gültige Weise gesichert wird (...)." Das weltliche Recht fordert, Risiken abzusichern. Genau das geschieht zurzeit in Hamburg.

Wie auf anderen Diözesen mit vielen Schulen, lastet auch auf Hamburgs Schultern eine riesige Pensionsverpflichtung. Um die ganzen Beamten, die bald in den Ruhestand gehen, absichern zu können, muss das Bistum Geld zurücklegen. Das Problem haben andere Bistümer mit vielen Schulen auch. In einer ähnlichen Gewichtsklasse wie Hamburg mit – noch – 21 Bildungsanstalten spielen Paderborn (19 Schulen) und Mainz (27 Schulen). Beide Bistümer haben allerdings bedeutend mehr Katholiken und bedeutend mehr Geld. Das Erzbistum Paderborn schreibt auf Anfrage: "Sowohl der Neubau einer Schule als auch die Instandhaltung einer Schule über einen Zeitraum von 20 Jahren kostet im Durchschnitt 25 Millionen Euro. Investitionen in dieser Größenordnung verlangen verantwortungsvolle und wohlüberlegte Entscheidungen, die mitunter nicht einfach zu treffen sind."

So geht es anderen Bistümern

Da kann man sich fragen: Wenn die Hamburger Katholiken schon immer wenige und auch noch arm waren, warum haben sie sich dann überhaupt die Schulen eingebrockt? Die Antwort: weil es im streng lutherischen Hamburg keinen katholischen Religionsunterricht gab. Eine lange Zeit war sogar die heilige Messe verboten. Viele der Hamburger katholischen Schulen sind vor über 100 Jahren als Gemeindeschulen entstanden, sie sind oft noch vor den dazugehörigen katholischen Kirchen errichtet worden. Die katholischen Zuwanderer halfen sich also selbst, indem sie die Schulen für ihren Nachwuchs eigenhändig bauten, weil es keine Alternativen gab. Die Schulen sind eine Erinnerung daran, dass Katholiken im Norden in der Diaspora unterwegs sind. Mittlerweile sind die schulischen Notlösungen aber so gut, dass auch Andersgläubige oder Gar-nicht-Gläubige ihre Kinder zu den Katholiken schicken.

Doch wenn das Geld nicht mehr da ist, muss man sparen. Diese kaufmännische Weisheit ist simpel, aber trocken. Geradezu gefühllos. Schul- und Kirchenschließungen führen zu einem interessanten Phänomen. Sie treiben viel mehr Leute auf die Barrikaden als noch in die Kirche gehen oder sich mit ihrem Auftrag identifizieren. Dieses Missverhältnis wird womöglich durch eine emotionale Anhänglichkeit begründet. Im Moment ihres Verschwindens trauert man den Institutionen der Volkskirche doch noch einmal hinterher, obwohl man sie vorher ignoriert oder gar missbilligt hatte. Insofern steht für die kommenden Dekaden großes Wehklagen an. Denn die bisherigen Finanzspritzen aus dem Westen für die ostdeutschen Bistümer laufen im Jahr 2020 aus. Was geschieht dann in Sachsen-Anhalt oder Sachsen? Hilft da nur noch beten? Von einem richtigen Länderfinanzausgleich, wie ihn die Bundesländer untereinander pflegen, ist noch nirgends die Rede. Und nicht nur im Osten kommt der Kahlschlag: Im tiefen Südwesten, im urkatholischen Bistum Trier, steht gerade die größte Reform seit der von Napoleon betriebenen Säkularisierung an. Wegen Priester- und sonstigem Mangel will Bischof Ackermann die 887 Pfarreien seiner Diözese zu nur noch 35 zusammenlegen. Die Pfarrei Saarbrücken, beispielsweise, würde damit zur größten Pfarrei Deutschlands – mit mehr Mitgliedern, als das ganze Bistum Görlitz Katholiken hat. Der Kirchenrechtler Schüller nennt die trierische Reform denn auch einen "brutalen Akt der Zerstörung".

Angesichts dieser Umwälzungen nehmen sich die Hamburger Schulschließungen eher bescheiden aus. Die Volkskirche bricht zusammen, Hamburg tritt in diesem Niedergang eigentlich nur den geordneten Rückzug an. Wäre die Situation nicht so emotional, müsste man dieses Verhalten erzhanseatisch nennen.

SO GEHT ES ANDEREN BISTÜMERN: PADERBORN 
ESSEN 
MAINZ 
MAGDEBURG 

ANZEIGE

ANZEIGE

